

Forderungspapier

Prävention und Gesundheitsförderung stärken

Deutschland investiert zu wenig in die Vermeidung von Krankheit. Die Folgen: vermeidbare Krankheitslast, eine Belastung des Gesundheitssystems und eine Schwächung von Wirtschaft und Sozialstaat. Das ist die Analyse der Bundesärztekammer, des Forums Gesundheitsziele der GVG und der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung. Die Organisationen fordern deshalb die politischen Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, Prävention und Gesundheitsförderung strukturell zu stärken, verbindlich in allen Politikfeldern zu verankern und konsequent umzusetzen. In einem Forderungspapier von Ende März verweisen sie unter anderem auf evidenzbasierte Maßnahmen, die die Weltgesundheitsorganisation zur Reduktion nichtübertragbarer Erkrankungen empfiehlt. Dazu gehören eine gesundheitsorientierte Besteuerung von Tabak, Alkohol und stark zuckerhaltigen Produkten, die Einschränkung von Werbung und Sponsoring zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, klare und verständliche Produktkennzeichnungen sowie eine Regulierung der Verfügbarkeit und der Verkaufsbedingungen von gesundheitsschädlichen Produkten. „Ein



Foto: sirichai/stock.adobe.com

Kampagnenbild zum Forderungspapier: „Gesundheit gestalten statt verwalten“ lautet der Appell von Bundesärztekammer, Forum Gesundheitsziele und Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung.

stärkerer Fokus auf Prävention würde die Lebensqualität der Menschen verbessern und zugleich das Gesundheitswesen auf lange Sicht entlasten“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Klaus Reinhardt, zum Kampagnenauftritt. Unter anderem müsse Gesundheitsbildung schon in Schulen und Kitas verbindlich gestärkt werden. HK

In eigener Sache

Rheinisches Ärzteblatt neu erfunden

Die Ärztekammer Nordrhein hatte im Mai 1976 die bundesweite verfasste Ärzteschaft zu Gast. Der 79. Deutsche Ärztetag fand in Düsseldorf statt. Dies war für die Kammer ein willkommener Anlass, die erste Mai-Ausgabe des *Rheinischen Ärzteblatts* (RÄ) inhaltlich und gestalterisch runderneuert zu präsentieren. Mit der Rubrik „In eigener Sache“

auf der ersten Seite des RÄ war der Anfang für die Meinungsseite gemacht, die seither regelmäßig die Leserinnen und Leser empfängt. „Aufruf zu politischer Aktivität“ lautete

die Überschrift des ersten Editorials des damaligen Kammerpräsidenten Dr. Friedrich-Wilhelm Koch, der ähnlich wie heute noch mit Foto und Autorenzeile dem Text Gewicht verlieh. „Gezielte und aktuelle Informationen aus dem Bereich der Sozial-, Gesundheits-

und Berufspolitik in Bund und Land sollen – in modernerer Form – alle unsere Mitglieder mehr als bisher aktivieren“, stellte Koch das neue RÄ vor, von dem sich etliche gestalterische Elemente bis heute erhalten haben, darunter die Ordnung nach Rubriken wie „Thema“ (früher „Das aktuelle Thema“), „Forum“, „Wissenschaft und Fortbildung“ oder „Kulturspiegel“.

Koch rief mit Blick auf die gesundheitspolitisch unruhigen Zeiten und die Rufe aus der Politik nach Reformen in seinem Editorial die nordrheinischen Ärztinnen und Ärzte dazu auf, sich aktiv an der politischen Willensbildung zu beteiligen, sei es in ihrem Berufsalltag oder auch in der ärztlichen Selbstverwaltung. Koch: „Politische Abstinenz ist eine Haltung, die wir uns auf Dauer nicht leisten können, wenn wir das Gesundheitswesen nicht anderen allein überlassen wollen.“ bre

Schwerbehinderte

Reha-Sport fördert Teilhabe

Auch bei chronischen Erkrankungen oder Behinderungen, die mit schwersten Beeinträchtigungen einhergehen, kann Rehabilitationssport eine geeignete Verordnungsoption sein – unabhängig vom Vorliegen eines Schwerbehindertenausweises. Darauf weist der Behinderten- und Rehabilitationssportverband Nordrhein-Westfalen hin. Reha-Sport in Gruppen für schwerstbehinderte Menschen könne als ergänzende Leistung zur medizinischen Rehabilitation außerhalb des Heilmittelbudgets auf Muster 56 verordnet werden, so der Verband. Damit die Vereine aufgrund des erhöhten Betreuungsaufwands höhere Vergütungssätze abrechnen könnten, müsse die ärztliche Verordnung einen „erhöhten Teilhabebedarf für schwerstbehinderte Menschen“ vermerken. HK

Long/Post-COVID

Off-Label-Use für vier Wirkstoffe

Künftig können vier Arzneimittelwirkstoffe außerhalb ihrer arzneimittelrechtlich zugelassenen Anwendungsgebiete zur Behandlung von Long/Post-COVID eingesetzt werden. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat seine Arzneimittel-Richtlinie entsprechend geändert. Damit erstatten die gesetzlichen Krankenkassen künftig den Off-Label-Use von Ixabradin, Metformin, Agomelatin und Vortioxetin. Der G-BA weist darauf hin, dass der Off-Label-Gebrauch wissenschaftliche Studien für gute Therapiemöglichkeiten nicht ersetzen könne. HK

RA VOR 50 JAHREN